



die bei der Fertigstellung der Vollstreckung gebracht haben.  
 Von der schwebenden Strafbefehlsvorordnung. Bekanntlich hat nicht bloß Genosse Wollert die Strafbefehlsvorordnung erlassen, sondern auch Genosse Duth in der „Brandenburger Zeitung“ zur Uebertragung der unvollständigen Strafbefehlsvorordnung aufgefordert. Die erste Fassung sprach sich in der Uebertragung der Ungültigkeit frei, dagegen legte der Staatsanwalt Beschränkung ein. Nun hat die Strafbefehlsvorordnung in der Brandenburger Zeitung mitgeteilt, daß der Termin wieder sich nicht hat, da der Staatsanwalt seine Berufung gegen das freisprechende Urteil zurückgenommen habe.  
 Der Rückzug ist nun vollkommen.

### Ausland.

**Die letzte Reichsrathssitzung in Wien hat wieder einmal einen dramatischen Verlauf genommen.** Gleich bei Beginn der Sitzung kam es zu Zusammenstößen zwischen Liberalen und Tschechen. Wegen einer Reihe von tschechischen Petitionen erhob der Abg. Schönerer Protest. Dies gab dem Anlaß zu lärmenden Ausbrüchen, die in Thätlichkeiten ausarteten, als ein tschechischer Abgeordneter, der nur tschechisch sprach und dadurch die Gegner aus der Reihe brachte. Der Tscheche Klossak begann nämlich eine Rede in tschechischer Sprache, er trat hervor aus den Bankreihen gegen die Präsidententribüne, zerriss die Geschäftsordnung, warf die Fesseln auf die Ministerbank und gegen das Bild des Kaisers. — Der rumänische Abgeordnete, Freiherr von Raffilo, ein Mann von Gehalt, stürzte sich auf Klossak und verletzete ihn einen Stich, daß er zurücktaumelte.

Die folgenden Ausbrüche verhinderten eine geordnete Abstimmung über den Schluß der Sitzung. Der Präsident mußte zuletzt die Sitzung aufheben, weil die Fortsetzung der Debatte unmöglich war.

Ein sozialistisches Blatt in Mailand. Die demokratische Tageszeitung „Il Tempo“, die seit anderthalb Jahren in Mailand erscheint, ist für die Summe von 130,000 Lire in den Besitz mehrerer Genossen, unter denen sich auch der Abgeordnete Turati befindet, übergegangen. Die Stellung, die das Blatt künftig der Partei gegenüber einnehmen wird, ist noch der Hand noch nicht abzulesen, da der Parteitag in Rom die Bildung einer sozialistischen Tageszeitung in Mailand nicht gebilligt hatte, um das Zentralorgan, den „Avanti“, nicht zu kränken. Die Leitung des „Tempo“ wird Genosse Turati übernehmen.

In Spanien hat jetzt der oberste Gerichtshof das Urteil des Appellgerichts in der Angelegenheit des von den Jesuiten zum Eintritt in ein Kloster veranlaßten jungen Mädchens, Ramona Uba, kassiert. Sie wird nunmehr ihrer Familie wiedergegeben werden.

Jur. Gesetzesreform in England. Hinsichtlich des vom Parlament demnächst vorzuliegenden Gesetzesreformplanes schreibt „Daily Chronicle“, daß hauptsächlich beschlossen worden, das britische Heer um 150,000 Mann aller Waffengattungen zu vergrößern.

Der norse Arbeitersamfund, die Zentralisation norwegischer Arbeitervereine, die bisher der radikal-liberalen Partei Herzfolge leistete, hat sich auf ihrem kürzlich stattgefundenen Kongress von dieser Partei losgelöst. Es wurde eine scharfe Kritik an der bisherigen Leitung der Partei geübt, die nach und nach alle arbeiterfreundlichen Programmpunkte verlagert und sich immer mehr der „Rechten“ nähert. Man beschloß eine eigene politische Partei zu bilden. Keine der lokalen Organisationen darf in Zukunft mehr einer anderen Partei angehören. Die meisten Redner sprachen sich dafür aus, daß, falls man Anschluss an eine Partei suchen wolle, diese nur die sozialdemokratische sein. Nach der Schließung des Kongresses zu urteilen, ist die Zeit nicht mehr fern, wo sich dieser große Verband mit der Sozialdemokratie verschmelzt.

Geheimes Verbot der „Schwarzen Listen“ im Staate Washington. Durch ein Gesetz vom 8. März 1899 wurde im Staate Washington die Anwendung der schwarzen Listen ausdrücklich untersagt. Der immer wissenschaftlich und in höherer Weise irgend eine schriftliche oder gedruckte Mitteilung, welche das

Ziel verfolgt, andere Personen an der Erlangung einer Auszeichnung im Staate selbst oder anderwärts zu verhindern; wer zu diesem Zwecke öffentlich kundgibt, daß jemand einer bestimmten Gesellschaft angehört, oder einen Arbeitgeber durch solche Mitteilungen von der Aufnahme eines Beschäftigten abzuhalten trachtet, und wer schließlich durch die erwähnten Mittel die Entlassung eines Angestellten oder Arbeiters herbeizuführen strebt, soll mit einer Geldstrafe von 100 bis 1000 Dollar oder mit einer Arreststrafe in der Dauer von 90 Tagen die zu einem Jahre, oder mit beiden Strafen zusammen belegt werden. — Wann wird der Staat der Sozialpolitik — Deutschland — einmal solche Unternehmungen-Gesetze schaffen?

### Der Krieg in China.

**Die Expedition des Grafen Waldersee.** Wie die Morgenblätter aus Peking vom 18. d. Mts. melden, hat der deutsche Gesandte den chinesischen Bevollmächtigten Li-Hung-Tschang und Tschang am Sonnabend mitgeteilt, daß Feldmarschall Graf Waldersee Vorbereitungen getroffen habe, um eine große Expedition am 23. Februar nach Singanfu abzusenden, wenn die Chinesen nicht inzwischen die Forderungen der Mächte erfüllt hätten. Die Bevollmächtigten telegraphierten darauf an die Kaiserin und ersuchten sie um schnelle Erfüllung der Forderungen. Später theilte ein Attaché der englischen Gesandtschaft den Bevollmächtigten mit, daß die englischen Truppen an der Expedition theilnehmen und nicht eher ruhen würden, bis sie den ganzen Hof in ihren Händen hätten. Die Bevollmächtigten sandten darauf sogleich eine zweite Depesche an die Kaiserin ab. Darnach benachrichtigte ein japanischer Attaché Li-Hung-Tschang, daß die Japaner unter dem Oberbefehl Waldersee's ständen und an der Expedition theilnehmen würden, worauf eine dritte Depesche an die Kaiserin abging. „Standard“ und „Morning Post“ melden aus Tientsin, daß die Expedition am 1. März abgehen werde.

Das Vorgehen des Grafen Waldersee wird, wie es scheint, selbst in Berlin an maßgebender Stelle mit Unbehagen aufgenommen. Wie der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg.“ meldet, ist an amtlichen Stellen, die, wie man annehmen sollte, unterrichtet sein müßten, wenn es sich um ein Unternehmen handelte, das über den Rahmen der bisherigen militärischen Expeditionen und damit über den Rahmen der bisher festgehaltenen Politik hinausginge, von einer großen Expedition von Landtruppen überhaupt nichts bekannt. Zu einer Ausdehnung des bisherigen politischen und militärischen Programms bestünde an dem maßgebenden Stellen in Berlin durchaus keine Neigung, und bei den Vorbereitungen des Grafen Waldersee handelte es sich wahrscheinlich nur darum, einen Druck auf den chinesischen Hof auszuüben.

### Deutscher Reichstag.

32. Sitzung. Mittwoch, den 20. Februar 1900  
 Die erste Beratung des Antrages Barmann (Pres. Volksp.) auf

#### Abhebung der Theaterzinsen

durch Abänderung der Gewerbeordnung wird fortgesetzt.  
 Abg. Träger (fr. Sp.): Die Gewerbeordnung zwingt uns, die Debatte über dies Thema in wöchentlichen Vorträgen vorzunehmen (Hörst. l.). Bisher sind drei Vorträge erschienen. Eine allerdings an einem anderen Verlagsort, im preussischen Abgeordnetenhaus. (Sehr gut! und Heiterkeit lnt.) Wenn nur die Zinsen des Unbau von den guten geübten Erträchen unterschieden könnte. (Sehr gut! lnt.) Wenn der Dichter das ausschlage, was Kaufmann auf der Seele lag, dann ist er auf dem rechten Wege und Sie werden diese Richtung mit seiner Macht der Polizei aufhalten. (Sehr gut! lnt.) Wir wollen die Pressefreiheit auch auf die Bühne ausgebreitet wissen. Die Polizei ist am allerwenigsten geeignet, die Zensur auszuüben. Darin stimmt sie durchaus mit dem Urtheil eines geübten modernen Schriftstellers überein, der sagte, die Polizei in der Kunst ist wie die Kuh im Porzellanladen. (Große Heiterkeit.) Die Aufführung mancher Stücke soll die Unfähigkeit befördern. Die Dame von Razim ist hier natürlich in der Debatte erschienen. Ich will mich nicht etwa zum Ritter dieser Dame machen. (Heiterkeit.) Ich selbst habe sie noch im Naturzustande gesehen. (Große Heiterkeit.) Jetzt ist sie viel geübter worden. Keiner wird doch aber behaupten wollen, daß alle diejenigen, welche die Dame von Razim gesehen haben, in Grund und Boden verdröhen sind. Die Eingetragene

geweilt gerne preis. Aber das hat mit der Zensur nichts zu thun. Da sind die Zensurkommissionen an die Hand. (Sehr richtig! lnt.) Interesse anderer ausbleibenden Kunst dürfte ich Sie der Pressefreiheit auch die Zensurfreiheit zuzufügen. (Sehr. Bravo! lnt.)  
 Abg. Stöckmann (Sp.): Ich habe mich gewundert, daß die Stadtverordneten die Aufstellungen des Reichstages aufgestellt hat, dieses durch und durch aristokratischen Dichters. (Lach bei den Geg.) Ich wiederhole nochmals, daß der Reichstag, weil man aus seinen Verfügungen entnehmen kann, unter falscher Flagge segelt. Es fehlt der ernste, christliche und sittliche Sinn Goethes. Ich will vor Goethe nie Was die Zensur ansetzt so wären wir höchstens für den Erfolg schärferer Strafbeschlüsse gegen die Direktoren, die unwillkürliche Städte aufhören lassen und jährliche Erneuerung der Konzession. Gegen den vorliegenden Antrag, sowie gegen Ueberweisung desselben an eine Kommission weber wir stimmen. (Bravo! rechts.)

Hierzu wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Entkommen der Freirechtigen und Sozialdemokraten angenommen. Das Schlusswort für die Antragsteller erhält

Abg. Dr. Müller-Meininger (fr. Sp.): Auf alle Einzelheiten in der Diskussion berührt worden sind, kann ich um so weniger eingehen, als auch das preussische Abgeordnetenhaus als Kampfplatz angesehen worden ist. Ich wundere mich, daß Herr v. Rheinbaben diese Kampfwette gewählt hat und vor allem da über, daß heute nicht hierher gekommen ist. Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß er nicht denjenigen Rednerauswahlen für seine Ausfertigung findet, wie im preussischen Abgeordnetenhaus. (Sehr wahr! lnt.) Uns bliebe schließlich nur übrig, durch ein Grammophon die Rede des Herrn Ministers drüber auszusprechen, um sie dann hier wieder vom Stapel zu lassen. (Heiterkeit.) Herr v. Rheinbaben hat preussischen Abgeordnetenhaus eine Reihe von ähnlichen Angriffen gemacht. Seine Ausführungen möchte ich, wenn es sich nicht um ein Mitglied dieses Hauses handelte, als falsch bezeichnen. Präsident Graf Bismarck: Selbst solche verabschiedeten Redaktionen sind nicht zulässig in diesem Hause. Ich bitte Sie, ein solches künftig zu unterlassen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Müller-Meininger (fortfahrend): Herr Stöckmann verfuhr sich gegen uns auszusprechen Goethes Christentum, was ein ganz anderes als das Ihre. Er hatte sich vom konfessionellen Christentum vollständig losgesagt. Wohlkommen mit dem mit der Sittenrichterei? Den Herren Regierungsvertretern erlaube ich bei meiner ersten Rede das Wort auf Dreyers „Großmann von der „geprüften Jungfer“ unanständig. In der „Freisprecher“ aber fand ich vor einigen Tagen folgendes Feuilleton: „Junges Mädchen sucht als angehende Jungfer Beschäftigung.“ (Heiterkeit.) Wird man wohl Herr v. Rheinbaben Schwere vorwerfen? (Heiterkeit.) Was für Auffassungen in katholischen Kreisen über Literatur herrschen, das beweist eine in Münster erscheinende katholische Literaturgeschichte von Korrenberg, in der die Literatur als „geistiger Schweiß“ bezeichnet wird, d. h. als Mißbrauch bezeichnet wird. (Hört, hört! lnt.)

Herr Koeren hat sich auch auf Mommsen berufen, wundebarer Weise noch, nachdem Herr Mommsen in einem Brief seine Stellung zur Zensur ganz klar gelegt hatte. Herr Mommsen hat in diesem Brief erklärt: „Die Differenz zwischen mir und Herrn Müller-Meininger ist ebenso gering, wie die zwischen mir und Herrn Koeren.“ (Hört! hört! lnt.) Ich halte die Theaterzensur an sich für zweckmäßig (Hört! hört! im Z.) — Ideen Sie war weise — aber die Theaterzensur durch Beamte der Polizei nicht bloß für schädlich, sondern absonderlich (Hört! hört! lnt.) Also mit dem Verbot des Herrn Mommsen ist Herr Koeren gründlich her eingefallen. Redner polemisiert des Weiteren unter großer Unruhe der Redner gegen die Ausführungen des Ministers von Rheinbaben im Abgeordnetenhaus. Auf mehrfache Schlussrufe hin ruft Redner der Rechten zu: Sie sind hier nicht im preussischen Abgeordnetenhaus, wo Sie thun können, was Sie wollen (lebh. Bravo! lnt., Unruhe rechts. Vizepräsident v. Frege rührt sich nicht). Ich ja in einem gewissen Grade erklärt, daß die Herren von Zentrum eine unüberwindliche Absperrung gegen die moderne deutsche Literatur haben. Trotzdem könnten sie sich auf dem Boden unserer Anträge stellen, da sie selbst zugeben müssen, daß die Zensur überflüssig und zwecklos ist. Es befehl sie aber das Gefühl der Rache von der loszuzerren. Aber unser Antrag wird wenn er abgelehnt wird, wiederkommen und den Schaden dadurch haben nicht wir, sondern Sie. (lebh. Bravo! lnt.)

Die Abstimmung über den Antrag Barmann (Pres. Volksp.) zur Ueberweisung des Antrages Barmann an eine Kommission von 14 Mitgliedern bleibt unbestimmt. Es findet infolgedessen Sammelstimmung statt, der 74 Abgeordnete für, 78 gegen den Antrag Barmann gestimmt haben. Das Haus ist also beschlußunfähig und die Verhandlungen werden abgebrochen.  
 Schluß 3/4 Uhr.  
 Der Präsident beantragt um 4 1/2 Uhr eine neue Sitzung an.

### Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine Bieruhr, welche eine Quittung über die gelieferte Zahl der Getränke ausstellt, wurde durch das Patent 115,574 geschützt. Bei dieser Uhr ist in dem Innern eines Schälchens ein mit fortlaufenden Ziffern versehenes Band aufgerollt, welches mit seinem freien Ende aus dem Schälchen herausragt und beim jedesmaligen Versetzen eines Bechers um eine Ziffer mittels zweier gegabelter Nadeln, welche das Band gefesselt ist, um eine Nummer herumgeschoben wird, um abgelesen, als Kontrolle für die gelieferte Zahl der Getränke zu dienen. (Mittheilung des Patent- und technischen Bureau Richard Lüders in Berlin.)

Eine Kartoffelzählmaschine, bei welcher die Kartoffeln von der Hand des Arbeiters durch die Maschine und Reibung untereinander zerlegt werden, ist der Gegenstand des Patentes 116,461. Bei dieser Maschine ist hinter der Scher eine Reihe von horizontalen hintereinander angeordneten Siebflächen angebracht. Die mit der Erde umgebenen Kartoffeln gelangen dadurch hintereinander in die einzelnen Röhren, daß diese der Reihe nach angehoben werden und ihren Inhalt in die nächstfolgenden Röhren auskippen. Hierbei kann die Erde fortgeschoben durch die Siebflächen der Röhren herausfallen. (Mittheilung des Patent- und technischen Bureau Richard Lüders in Berlin.)

### Aus aller Welt.

Zensur. Ein schon in der Vorbereitung begriffenes Handelsblatt „Der städtische Handelskammer“, Berliner Nachrichten mit einem moralischen Charakter von Dr. Richter wurde von der Zensur verboten, angeblich, weil das Blatt zu unpassend wäre. Die Redaktion hat sich sehr über das Verbot geäußert, da das Blatt bisher der öffentlichen Moral dadurch ein Opfer geblieben wäre.

Von den Klauen der Wölfe. Der Verein Berliner Verkehrs- und Kontrahanten-Inhaber hat eine Hausordnung und einen Kontrakt entworfen und seine Mitglieder zu deren Unterzeichnung verpflichtet. Außer zahlreichen Straf-Verordnungen sind für die verschiedensten Verletzungen des wirthschaftlichen Verkehrs in dem Kontrakt-Entwurf nach folgender Paragraphen: wenn die Einnahmen die Ausgaben des Unternehmens nicht decken, ist der Direktor berechtigt, den Kontrakt in allen seinen Theilen zu lösen und hat zur die Berechtigung, die Wege bis zum Schlußtage auszubehalten. — Organisiert Euch, ihr Klauen der Wölfe.

Die Sternberg-Revolution. Gegen die am 21. Dezember d. J. erfolgte Verhaftung Sternbergs wegen der Hölle des Wagens und Leibes ist demnächst Revision eingelegt worden. Die Revisionsbegründung ist in der letzten Woche nach Leipzig abgegangen; sie

umfaßt 600 Seiten und trägt 50 Gesuchverordnungen. In juristischen Kreisen hält man es noch dem Hamburger Korrespondent für wahrscheinlich, daß das Reichsgericht der Revision stattgeben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverweisen werde.

Sells und Werthauer. Nach Berliner Blättern ist die Nachricht, daß das Verbrechen gegen die Reichsanwälte Sells und Werthauer wegen Begünstigung bereits eingestellt sei, nicht zutreffend. Die Einstellung hierüber ist bis jetzt noch nicht getroffen und wird erst in den nächsten Tagen erwartet.

Beschlagnahme Anführer. In Berlin sind kürzlich 56 Arten von Anführern als unzulässig beschlaggenommen worden, theils deutsche, theils französische. Die Ru' heißen: „Bühnen-Regalier“, „La fée aux perles“, „Jupiter und Antiope“, „Raus und Beraus“, „Les Baigneuses“, „Eden“, „Etude d'enfant“, „Hochzeitstag des Barchas und der Arabier“, Diana und Hygieen, belauert von Satyrn“, „Der Sklavemann“, „Roth mit den Löchern“, „Der erste Sündenfall“, „Prinzess Ungarn“, „Galatée“, „Die drei Gassen“, „Jest nur noch das“.

In dem Knabenmord in Leipzig. Eine Belohnung von 200 Mk. hat das Polizeiamt der Stadt Leipzig für die Ermittlung des Mörders des Kaufmanns Otto ausgesetzt. Die gerichtliche Section der Leiche hat ergeben, daß der Ermordete 24 Verwundungen am Kopfe erhalten hat und mittels eines Rasenmähers erschossen wurde. Der Mörder war größtenteils verkrüppelt. Die Aufregung unter der Leipziger Bevölkerung über die That, welche noch unauflösbare Verdächtigungen begründet, wache sehr hoch.

Ein künftiges Schwitzen. Kurzlich, wie er in dieser Art nach jahrelanger Auslage kann schon begreifen ist, entstand vorgeraten Abend 7/7 Uhr an der elektrischen Straßenleitung an der Kottbuscher in Pflanzengarten durch Wurzeln zweier Drähte. Es gab nunmehr ein Schaudeln am grandioser Schaudeln. Eine große Menge schossen meterlange Funken aus der Leitung. Blutgrüne Blitze, Krüger und Löcher sind als bei einem Gewitter, wühlten hervor und erhellten die in der Nähe stehende Bergstraße. Die sämtlichen Straßenlampen gaben nur noch ein mattes, zuckendes Licht ab. Das R. J. Müller'sche Geschäftshaus stand in großer Feuergefahr. Das Schaudeln, das die ganze Stadt in Aufregung brachte, ging erst zu Ende durch völlige Entschärfung des elektrischen Netzes. Nun gab es in allen Straßen und vielen Häusern elektrische Funken und den Wurzeln, der nun erst eintrat. Man sah sich denken. Erst nach zwei Stunden konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden.

Ein jährliches Geschäft in der Bergleuten auf der Zeche Bräuner I in Dortmund beizubringen. Diese arbeiteten häufig vor Ort, als wärglich der größte Theil der Straße zu Grunde ging und die Zeche abgeriet. Man versuchte nun, den Bruch auszuwärtigen, jedoch waren diese Bemühungen vergeblich. Nun ist man

befähigt, durch die festen Kohlen einen Ueberbau fertigzubringen, das ist aber eine sehr schwere, zeitraubende Arbeit. Sie wird ununterbrochen Tag und Nacht betrieben. Ob man aber die Bergleuten noch lebend anreisen wird, ist sehr fraglich; Hunger und Durst, Mangel an guter Luft geht an ihnen, falls sie nicht gleich erschlagen wurden.

Ein Liebesdrama. Aus Koblenz wird vom Sonnabend telegraphisch: Der Kommissar Walter Benhausen unterstellt mit dem am Koblenzer Reichshallen-Theater aufgetretenen Artistin Olga Sainte aus Paris ein Liebesverhältnis. Die Mutter des jungen Mannes verriet ihm deshalb an der elterlichen Wohnung. Offener fand man beide erschossen auf der Parkhafe. Der junge Mann hatte durch das Mädchen durch einen Schuß in den Kopf getödtet, dann gab er in seiner Stellung einen Schuß auf sich ab. Die Leichen waren am Boden festgefroren.

Eine entsetzliche rohe That ist Sonntagmorgens in Senftenberg verübt worden. In der Gemarkung „Biforsgarten“ war ein wegen Beschuldens von 80 Pf. für Bier zu einer Schlägerei gekommen der Herr Blich durch Hinauswerfen der Arbeiter ein Ende machte. Diese überfielen später in der Nähe des Bahns ein an dem Strich 13 im Kopf bei. Der misshandelte Arbeiter Schuppas aus Ramm wurde todt in seinem Blute schwimmend aufgefunden. Die beiden misshandelten Thäter, Arbeiter Behal und Schimmang, sind verhaftet.

Erfroren. Am 16. Februar früh wurde, dem B. L. zu folgen, der Hausbesitzer und Fabrikarbeiter Carl Fährschlegel nach in Lamsdorf bei Grimma an der Einfriedigung seines benachbarten Grundstücks erfroren und vom Schnee verweht aufgefunden. Der Unzulässige war, an Lungenerkrankung erkrankt, in der Fieberzeit Abends zuvor nur mit dem Hemd bekleidet durch das Fenster seiner Wohnung ins Freie gelangt.

Verkehrsmittel. Wie aus Wien gemeldet wird, sind die westliche Bahn und die Postom-Bahn bei den Stationen Lafatin, Dinkelscholz und Dinkelscholz hoch verschneit. Tausende Mann arbeiten Tag und Nacht, um den Verkehr wieder herzustellen. Zu demselben Zwecke sind aus Wien 600 Soldaten abgeordnet worden.

Schreckliche Missethat. In dem geographischen Dorf Belanibit bei Glaston war ein Landmann Demetrius Tsilingas von einer Räuberbande gefangen genommen worden; nach Erpressung eines Lösegeldes sollte er die Freiheit wieder erlangen. Der Gefangene aber wollte die Räuber zu überlisten und ohne Zahlung des geforderten Lösegeldes zu entweichen. Dies verleitete die Räuber in der Gegend zu, daß sie in das Dorf eindrangen, wo sie Frau und Kinder ihres entwichenen Gefangenen entsetzlich marterten und misshandelten. Man bezog sich. Dann legten sie Feuer an das Haus des unglücklichen Tsilingas und setzten nach Verübung dieser Schandthaten ungetrieben in ihre Berge zu rück.

53. Sitzung, Mittwoch, den 20. Februar 1901.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des von den Hög. Eröber (Zentr.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs auf Abänderung des Artikels 82 der Reichsverfassung.

Diktandenantrag.

Darnach soll Artikel 82 der Reichsverfassung durch folgende Bestimmungen ersetzt werden: Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstages Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 Mk. für den Tag. Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgezogen, welche ein Mitglied des Reichstages in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht.

Hög. Eröber (Zentr.): Unser Antrag liegt vor allem im Interesse der Wähler, die dann ihre Kandidaten aus einer größeren Anzahl von Personen auswählen können, wenn diese Kandidaten nicht auf ihre wirtschaftliche Lage Rücksicht nehmen müssen. Wenn ich immer, daß der Reichstag fast immer beschlußunfähig sei. Das ist früher mindestens ebenso schlimm gewesen. Sämtliche deutschen Bundesstaaten geben für ihre Beamten Diktanden. Die freie Eisenbahnfahrt, die wir fordern, soll natürlich nur für die Dauer der Session gelten. Ich empfehle Ihnen unseren Antrag zur Prüfung und Annahme. (Bravo! im Zentrum.)

Hög. Baffermann (natl.) stimmt dem Antrag Eröber zu. Der jetzige Zustand mit den Fahrkarten ist unhaltbar, die Ausdehnung der freien Fahrt auf alle Eisenbahnen ist daher zu begehren.

Die Abg. v. Tiedemann (Rp.) und Dr. Pachtke (fr. Sp.) schließen sich diesem Antrag an.

Hög. Mettich (kons.) erklärt, daß ein Teil seiner politischen Freunde sich wie früher ablehnend verhalten, ein anderer dagegen bereit sei, dem Vorschlag einer Entschädigung nahe zu treten und darüber für die Kommissionsberatung sei.

Hög. Bebel (Soz.): Früher verhielt sich die Rechte in der Diktandenfrage durchaus ablehnend. Die heutigen Erklärungen der Vertreter der Rechten lassen darauf schließen, daß bei diesen Herren schließlich eine Umwandlung in der Stimmung eingetreten ist. Es ist ja ganz bekannt, daß nur die Rücksicht auf die Sozialdemokratie die Gewährung der Diktanden verhindert hat. Sie (nach rechts) schmerzt der Mangel an Diktanden viel mehr als uns. Wir haben viel weniger Mangel an Kandidaten. Die Zahlung von Anwesenheitsgeldern liegt auch im Interesse der Wähler des Reichstags. Es macht einen föhlichen Eindruck auf die Wählerbesucher, wenn im Hause nur 30 bis 40 Männlein anwesend sind. Durch den Mangel an Diktanden werden die Verhandlungen unendlich in die Länge gezogen. Sie müssen also in Ihrem eigenen Interesse (nach rechts) in die Regierung dringen, daß sie ihre Zustimmung zu den Diktanden gibt. Der Hauptgrund der Versagung der Diktanden, den die Sozialdemokraten in dies Haus zu verhängen, ist ja ohnehin nicht erreicht worden. (Beif. Beifall links.)

Hög. Gräfe (Antik.): Die Diktandenfrage ist seit der Mittelstandsparlamenten. Auch die Konservativen leiden unter dem Kandidatenmangel. Es liegt daher auch im Interesse der Ordnungsparteien, für die Diktanden einzutreten.

Hög. Müller-Sagan (fr. Sp.) bedauert, daß die Bänke des Bundesrats leer sind und daß namentlich der Reichsanwalt nicht anwesend ist. Die Diktanden müssen nicht nur im Interesse der Wähler und Abgeordneten gewährt werden, sondern vor allem im Interesse eines geordneten Geschäftsganges. Ich hoffe, daß die verschiedenen Regierungen endlich zur Vernunft kommen werden. (Bravo! links.)

Präsident Graf Ballestrem: Die verschiedenen Regierungen haben immer Vernunft. (Stürmische Heiterkeit.)

Hög. Hankmann-Vohlingen (deutsche Sp.): Die Sozialdemokraten werden durch die Diktandenfrage nicht geschädigt werden, sondern vor allem die bürgerlichen Parteien. Ich glaube, wenn die Parteien dem Bundesrat ihre Anwesenheit in Berlin aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müßten, würden wir manchen nie hier sehen. (Heiterkeit.) Nachdem Graf Ballestrem erklärt hat, daß bei den Regierungen immer Vernunft vorhanden ist, hoffe ich, daß der Diktandenantrag entsprechend werden. (Bravo! links.)

Nachdem noch Hög. Wöllinger (Usp.) für den Antrag eingetreten ist, schließt die Diskussion.

Der Antrag auf Ueberweisung des Antrags an eine Ueberprüfungs-Kommission wird gegen die Stimme des Hög. Fürsten Bismarck angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: (Fortsetzung der 2. Lesung des Postals, Etat der Reichsbudgeter, Petitionen.)

Preussischer Landtag.

Berlin, 20. Februar 1901.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute der Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe beraten. Den größten Teil der Debatte bildete ein von einem Teil der Konservativen und Freikonservativen geführter Antrag, in Berlin eine Handelskammer zu errichten aus. Der Minister befürwortet das, weil keine hindernde Erklärung aus seinen Ausführungen aber ist zu entnehmen, daß in aller nächster Zeit überhaupt eine Handelskammer in Berlin errichtet werden wird. Neben dieser Diskussion über die Berliner Handelskammer wurde die Debatte fortgesetzt und erweitert, welche schon gestern bei der Beratung des Berg-Etats eingelegt hatte. Die freikonservativen Abgeordneten Junz und Dr. Barth griffen Herrn Brafeld wieder als den Minister gegen den Handel an und wiesen ihm seine Zustimmung zum Waarenverkehrssteuergesetz und zum Börsensteuergesetz als Grundlage für diese Bezeichnung vor. Herr Brafeld gab recht gewundene Erklärungen ab.

Partei-Angelegenheiten.

Der sozialdemokratische Verein von Ottensen läßt jetzt 1004 Mitglieder und hatte im verfloffenen Jahre eine Einnahme von 664 Mk. Von den Ausgaben entfallen 1000 Mk. an den Vertrauensmann zur Agitation, 500 Mk. an den Parteivorstand, 300 Mk. an das Arbeitersekretariat in Altona.

Arbeiterbewegung.

Im Warmreiter ist unter den Eisenarbeitern, welche bei dem Eisenbruch beschäftigt sind, ein Streik ausgebrochen. Ueber 800 Eisenarbeiter sind in den Ausstand getreten, weil der Unternehmer eine Lohnreduzierung von 30 Pf. pro Tag vornahm. Es hatten sich so viele Arbeiter aus Nachen gemeldet, daß der Unternehmer glaubte, die Lohnreduzierung vornehmen zu können; er hatte aber nicht mit dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter gerechnet.

Der Zentralverband der Eisenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands veranfaßte unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung über die Einführung einer Kranken-Ausgleichskasse. Die Beteiligung war eine laue, etwa ein Drittel der Mitglieder hat überhaupt nicht abgestimmt. Von den insgesamt abgegebenen Stimmen haben rund 80,91 Prozent gegen die Einführung und 19,09 Prozent für die Einführung gestimmt. Die Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung ist als für die Eisenarbeiter abgelehnt.

Der Wäckerverband hat für die Monate Februar und März eine Ertragssteuer von je 30 Pf. pro Mitglied ausgeschrieben. Der Betrag dieser Steuer ist zur Deckung der Kosten des Verbandstages, zur Stärkung des Streikfonds und zur Schaffung eines Widerstandsfonds bestimmt, um den Verbandsvorstand in die Lage zu versetzen, besonders in Angelegenheiten der Verschlechterung des Programms, die Agitation unter den aus fernstehenden Kollegen zu betreiben.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 21. Februar 1901.

Am Sonntag früh

muß jeder Genosse, dem seine Zeit es irgend erlaubt, sich in den bekannten Lokalen einfinden

zur Flugblattverbreitung!

\* Zur Agitationstour der Frau Threx diene zur vorläufigen Mitteilung, daß Frau Threx am 15. März in Eschwege, am 16. März in Grünberg, am 17. März in Freystadt und am 18., 19. und 20. März in Breslau sprechen wird. Bezüglich der übrigen in Aussicht genommenen Besammlungen wird den Beiseitigen in den nächsten Tagen bestimmter Bescheid zugehen.

Franz Feldmann, Redakteur, Ober-Langensielau i. Schl.

Technische Hochschule in Breslau.

Eine neuerdings an das preussische Abgeordnetenhaus gerichtete Petition wegen Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau ist von allen in Betracht kommenden Interessenten, dem Landeshaupmann von Schlesien, dem Breslauer Magistrat, der Landwirtschaftskammer, den schlesischen Handelskammern und einer großen Zahl wirtschaftlicher Vereinigungen aus Industrie und Handel unterzeichnet worden. In der Petition wird darauf hingewiesen, daß die Gemeinde Breslau immer noch bereit ist, eine Million Mark für jenen Zweck herzugeben, ebenso sind jetzt bereits von privater Seite etwa 1/2 Millionen Mark für den gleichen Zweck gezeichnet, welche Summe sich auf mehr wie eine Million erhöhen lassen würde. Im Weiteren wird auf die zweifellos gesicherte Prosperität der Hochschule hingewiesen, der in kurzer Zeit mindestens tausend Studierende nur aus Schlesien zuströmen würden. Es fehle jetzt an den erforderlichen technischen Kräften, um die notwendigen Arbeiten, z. B. die großen Brückenbauten in Angriff nehmen zu können. Wenn nicht bald diese so wichtige Beprankung errichtet werde, würde sich der Technikermangel zum Notstand ausmachen. Die Petition weist darauf hin, daß die Verpflichtung zur Vergabe der gezeichneten Beiträge erlischt, wenn nicht spätestens in den nächstjährigen Etat die erste Baureihe eingestellt werde und fordert einen dementsprechenden Beschluß des Abgeordnetenhauses. Man darf im Interesse Breslaus gespannt sein auf den Erfolg dieses Schrittes.

Die Markthallenfrage ist wieder um einen Schritt — und diesmal um einen kleinen — ihrer Lösung entgegengeführt worden.

Am Dienstag, den 19. Februar, hat der Magistrat beschlossen, daß zum Zweck angekauften Grundstückes (Hinterhof, Hölzengasse) und Gartenstraße 27 und 29, je eine Markthalle zu bauen werden sollen. Von dem Grundstück, welches als einer dem Eisenbahnbau angekauften Markthalle, die in der Nähe des Bahnhofs, bei der Kreuzung Lauenburgerstraße gelegen ist, soll bis zum Abnähme von Verhandlungen mit der Eisenbahngesellschaft gewartet werden.

Wir begrüßen diese erste positive Schritt zur wirklichen Lösung des Problems mit lebhaftem Interesse. Gerade die Arbeiterbevölkerung hat an der Errichtung der Markthallen ein lebhaftes Interesse. Es dem Magistrat, daß mit der Organisation des Markthallen von Lebensmittel in öffentlichen Markten überall eine wichtige Vorbildigung dieser Waren einhergegangen ist. Ueber die mancherlei Ursachen dieser Erscheinung geben wir demnächst eine nähere Darstellung. Daß für Käufer wie Verkäufer der Verkehr in geschlossenen, geschützten Markthallen sehr viel angenehmer und gesünder ist, wie auf offenen, allem Wetter ausgesetzten Plätzen, zeigt sehr einbringlich gerade der gegenwärtige grimme Winter, der den Aufenthalt auf den Märkten zur Qual macht.

Wie es einer kranken Arbeiterin erging.

Das Arbeitsmädchen Poller war in der lithographischen Anstalt von A. Rubin 5 Jahre beschäftigt. Mit ihrer Tätigkeit war ihr Arbeitgeber zufrieden, trotzdem hat es zu keinem höheren Lohn als 7 Mk. pro Woche bringen können. Weibliche Arbeitskraft wird einmal nicht besser entlohnt, obwohl ein Mädchen, mit so langer Arbeitsdauer, dasselbe leistet wie ein Gehilfe. Das Mädchen hatte am 24. Dezember v. J., also an dem Tage, an dem sich Jung und Alt auf das Weihnachtsfest freut, das Unglück, sich einen Nagel in den Fuß zu jagen. Der Fuß schwell an und nöthigte sie, die Arbeitstätte zu verlassen und sich nach ihrer Behausung zu begeben. Am nächsten Tage schickte sie ihre Schwester nach dem Krankenhause, um sich in ärztliche Pflege zu begeben. Bis zum 5. Januar dauerte das Leiden, dann aber suchte sie wieder die Werkstatt auf, um der gewohnten Tätigkeit nachzugehen. Statt der erhofften Teilnahme ward ihr der Stuhl vor die Thür gesetzt. Die Firma hielt die Krankheit für simuliert und ihr Fernbleiben als ein unbefugtes Verlassen der Arbeit. Aber noch ein schlimmeres Vergehen wurde dem armen Mädchen zur Last gelegt. Sie sollte zwei Kolleginnen, die zwei Tage von der Arbeit wegblieben, um zu Hause vor den Feiertagen in der Wirtschaft zu helfen, aufgereizt haben, sich erst nicht wegen des Wegbleibens zu entschuldigen. Aus diesen Gründen hielt sich die Firma zur Entlassung berechtigt. Die Arbeiterin behauptet, daß sie wirklich krank gewesen ist, sie berief sich auf den Arzt, auf ihre Logiswirthin, vergeblich, sie machte das Haus verlassen. Sie klagte nun auf Zahlung einer Entschädigung für 14 Tage im Betrage von 14 Mk. In Termin berief der Beklagte sich auf einen noch schulpflichtigen Knaben, der die Klägerin am 25. Dezember auf der Straße gesehen haben will. Die Schlafmutter dagegen behauptet, daß die Klägerin bis zum 5. Januar nicht aus der Sube gekommen ist und wirklich krank war. Als der Beklagte einlief, daß seine Beschuldigung unberechtigt ist, wollte er die Klage wegen der „Aufreizung“ abgewiesen haben. Aber auch damit war es nicht. Die Klägerin erklärte, die Kolleginnen nicht aufgereizt zu haben, sie habe vielmehr die Mädchen, die sich das nicht getrauten, selbst entschuldigen wollen, sei aber durch die Krankheit daran gehindert worden. Schließlich ermächtigte die Klägerin ihren Anwalt auf 10 Mk., die ihr vom Gewerbeamt zugesprochen wurden.

Einige kleine Nachrichten.

vor dem Landgericht in Bamberg aus Tageslicht. Der Wäckermeister Roth war angeklagt wegen Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz, weil er in zwei Fällen Milch, in denen todtte Ratten gefunden wurden, zum Baden verwendet ließ. Als seine zwei Gehilfen vor dem Rattenfund ergriffen, hatte Roth noch den Muth, alles in Abrede zu stellen und die beiden Gehilfen zu entlassen. Unter Parteiblat, die „Frankische Volksstimme“, brachte dann einen Artikel über die Geschichte, worauf Roth die Verbreiter vor das Schenkeamt laden und durch seinen Schwiegersohn, einen Rechtsanwalt, mit Briefen bearbeitet ließ, in denen ihnen mit Gefängnis gedroht wurde, wenn sie die Sache nicht widerrufen würden. Einer davon ließ sich auch einschüchtern und unterschrieb ein diesbezügliches Schriftstück, das er gar nicht gelesen hatte. Aber es nützte alles nichts, das Gericht verfolgte die Rattengeschichte weiter und das Resultat war, daß Roth zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde.

Die Schullehrernoth soll ein Ende haben!

Das heißt, nicht die Noth der Schullehrer, wie sie thätiglich in den kleinen Städten und Dörfern des Kulturraumes Preußens immer noch besteht, sondern die Noth an Schullehrern. Die Zahl der unbesetzten Lehrstellen beträgt in Preußen bekanntlich viele Tausende, zum größten Schaden des Volksschulwesens wie der überlasteten Lehrer. Diesem Uebelstande will jetzt, nach einer Mitteilung der „Schles. Ztg.“ die preussische Regierung abhelfen. Sie will durch Einrichtung neuer Präparandenkurse eine große Zahl neuer Lehrkräfte heranbilden. Für Schlesien sollen in einem Zeitraum von längstens sechs Jahren auf diese Weise 1500 Lehr- amtsbewerber aber die etatsmäßige Zahl der Seminarabiturienten hinaus zur Verfügung stehen.

Die „Schles. Ztg.“ schreibt dazu ermunternd, daß die Gelegenheit jetzt außerordentlich günstig sei für alle diejenigen, welche sich dem Berufe des Volksschullehrers widmen wollten. Die Gefahr einer Zurückweisung beschehe für sie gegenwärtig nicht mehr. Wir fürchten dagegen, daß das Liebeswerben vergeblich sein wird, so lange man nicht die Lage der Volksschullehrer materiell und sozial erheblich besser gestaltet. Daran aber denken die maßgebenden reaktionären Kreise garnicht.

Wandlung. Bei dem polnischen Stur-

birenden Korofanty hier selbst, der kürzlich auf einer polnischen Versammlung in Beuthen O.S. eine Rolle spielte, hat jetzt, der „Schles. Volksztg.“ zufolge, die polnische

Wandlung... (Text is partially obscured and difficult to read due to image quality and bleed-through from the reverse side of the page.)

Dem Deutschen Theater.

Seit einiger Zeit ist Herr Direktor Berlin vom Deutschen Theater kündigt. Seit am 22. Januar er. fand in der „Concordia“-Röhre statt, bei der der Theatermeister bis zum frühen Morgen beschäftigt war. Für den 23., also am darauffolgenden Tage, war eine Nachmittags-Vorstellung angelegt. In Folge der Nacharbeit ist der Klager aber später zur Arbeit gekommen, wodurch die Vorstellungen zur Vorleistung etwas vernachlässigt wurden, die schließlich von Schulkindern und Reklamer behorrt wurden. Wegen dieses Vorkommnisses wurde der Theatermeister, der vertragsmäßig für Alles verantwortlich war, auf der Stelle seines Postens entsetzt. Der Mann fühlt sich dabei unerschuldigt, denn die Schuld lag nicht allein an ihm, er hätte noch rechtzeitig die nöthigen Dekorationen und Requisiten herbeiführen können, wenn er nur Gelder hätte gehabt. Niemand wollte ihm helfen. Allein war er dazu nicht im Stande. Der Vertreter des Beklagten ließ diese Einrede nicht gelten; der Klager hätte nur Leute verlangen brauchen. Auf alle Fälle habe er vertragswidrig gehandelt und so sei die Entlassung und die Einhaltung des Bogenlohnes gerechtfertigt. Der Schaden sei viel höher zu schätzen, den der Klager erlitten hat. Die Vorstellung sei in Folge der mangelhaften Inszenierung vollständig mißlungen. Der Lohn von 20 Mk. wurde dem Klager ohne Weiteres zugesprochen; wegen der Entschädigung entlagen sich die Parteien. Im Ganzen hat der Direktor 30 Mk. zu zahlen.

Der Breslauer Omnibus-Verkehr nimmt,

nach der „Morgenpost“, Donnerstag, den 21. Februar, Morgens 7 Uhr, den Betrieb im vollen Umfange und mit dem früheren Personal wieder auf, nachdem der Unternehmer, Herr Kluge, vom Polizeipräsident die Konzession erhalten. Die technische Betriebsleitung verbleibt in den Händen des Herrn John. Die im Fuhrkum vielfach verbreitete Ansicht, der Tarif sei auf 10 Pf. erhöht, ist irrig; die Mehrerhöhung werde nach wie vor für die Zehlfußten 5 Pf. erhoben, während für die ganzen Strecken Augustastr.-Ring und Mauritsplatz - Striegauerplatz 10 Pf. zu entrichten sind. Zu besonders verkehrreichen Zeiten sollen auch mehr Wagen als bisher eingesetzt werden.

Eine wackere That.

Seit Sonntag wird die Ober in ihrer ganzen Breite von der Uferstraße bis zur Gärtnereigasse nach der Dampferlandungsstelle an der Promenade von Kindern und Erwachsenen als Uebergang benutzt. Hunderte von Kindern besuchten sich gestern Nachmittag mit Schlittschuhlaufen und Rutschen am Ufer an der Promenade. Ein etwa 6-jähriger Knabe wagte sich am Dienstag auf eine erst vor Kurzem gefrorene Stelle, glitt am Rande der neuen Eisbildung aus und fiel ins Wasser. Das Kind wäre unrettbar verloren gewesen, und unter das Eis gekommen, wenn im letzten Augenblicke der gerade vorübergehende Arbeiter Ado I. Gepe sich nicht entschlossen hätte, die Rettung zu wagen. Er rief die „Schles. Volksztg.“, die Ueberführung hinab, legte sich platt auf den Rücken und bewegte sich so allmählich der Uferstraße zu. Der Knabe erreichte die Uferstraße, der erste Griff war erfolgreich. Der Knabe ist seinen Eltern nach Hause gebracht worden, er ist gesund und hat keine Verletzungen erlitten. In seinem Annehmen wurde der brave Mann

